Beginnende Klärung in der italienischen Partei.

Mailand, 29. September. Wie der „Avanti" meldet, hat Serratti in der Sitzung der sozialistischen Parteileitung betont, daß eine Spaltung der Partei im ganzen Lande unabwendbar sei, um den Kommunisten die nötige Einheit und Kräfte zu ihrer Aktion zu geben.

Eine Sitzung der Exekutive der 3. Internationale.

Christiania, 24. September 1920. („Rote Fahne Wien"). Aus Moskau wird vom 23. gemeldet: Am 21. September fand eine Sitzung der Exekutive der 3. Internationale unter dem Vorsitz von Sinowjew statt. Der Vertreter der Kommunistischen Partei Griechenlands erstattete einen Bericht, in dem er unter anderem folgendes mitteilte: „Eine selbständige Arbeiterbewegung entstand in Griechenland erst während des letzten Krieges. Bis dahin sind die Arbeitermassen eine blinde gehorsame Masse in den Händen der bürgerlichen Politiker gewesen. Die Verschlimmerung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter und die russische proletarische Revolution regten die Bildung einer proletarischen sozialistischen Arbeiterpartei an, deren konstituierender Kongreß im November 1918 stattfand. Im April 1920 fand ein zweiter Kongreß der Partei statt, an dem der Anschluß an die 3. Internationale einstimmig beschlossen wurde. Die Partei verfügt über eine Wochenschrift: „Der Arbeiterkampf" („Ergatikos Agon"), welche in Athen erscheint. Das Ersuchen des griechischen Delegierten um Aufnahme in die 3. Internationale wird einstimmig bewilligt. Der Delegierte der sozialistischen Arbeiterpartei Palästinas (Paole Zion) führt aus, daß diese Partei ihrem Wesen nach eine Partei der Werktätigen Palästinas und Aegyptens sei und in ihren Reihen hauptsächlich jüdische, ägyptische und arabische Arbeiter zähle. Aus dem Bericht des Vertreters der Poale Zion ging hervor, daß die Partei den richtigen Weg der revolutionären Arbeit eingeschlagen hat, aber noch nicht entschlossen genug ist, sich von bürgerlich-nationalistischen Vorurteilen loszulösen.

Aus Groß-Berlin.

Die Verhältnisse in den Waffen- und Munitionsfabriken.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Zu dem Artikel vom 18. 9. 20 in der „Freiheit" über die Verhältnisse der **Deutschen Waffen- und Munitions-Fabrik Bittenau**, sehen sich die Ausständigen, welche vor einigen Wochen die Arbeit dort im Waffenbau niederlegten, veranlaßt, dagegen Stellung zu nehmen, da der Artikel in allen Einzelheiten der Wahrheit nicht entspricht. Vor allem besteht die D. W. Fr. aus zwei Abteilungen, des Kugellagerbaues und des Waffenbaues. Im ersteren werden Maschinen des In- und Auslandes produziert, im letzteren große Parabellumpistolen. Nun behauptet die Belegschaft des K. L. B., sie habe nichts gemein mit W. B., was doch jedem, der den Betrieb kennt, als direkter Unsinn einleuchtet! K. L. B. wie W. B. liegen auf einem Gelände, arbeiten unter einer und derselben Firma, für beide Abteilungen besteht ein gemeinsames Einstellungsbüro, beide Betriebe erhalten aus einer Zentrale den Strom, in der Kantine essen die Belegschaften aus einem Topf! Und da will eine mit der anderen nichts zu tun haben? — Uns ist das unbegreiflich! Um zu dem Bericht über den Besuch der Arbeitslosen am 17. 9. 20 dort zu kommen, glaubt sich die Belegschaft einen Stein in die Krone der Solidarität verdient zu haben, indem sie das Gericht verbreitet, nur ihrer Bedächtsamkeit wäre es zu danken, daß der Tag unblutig verlief! Dieses letztere kommt wohl auf unser Konto, denn wir sahen ja, als wir noch dort kamen, was wir von der Belegschaft des K. L. B. zu erwarten hätten, welche unter Bedeckung der Sipo dort arbeitet. Wir kamen, um Solidarität von ihnen zu fordern, so sie so mit die ersten waren, welche die Einstellung des Waffenbaues seinerzeit forderten. Als man mit uns durch verschlossene Tore verhandeln wollte, wurden die Arbeitslosen durch das unkollegiale Verhalten des Betriebsrats dermaßen erbittert, daß sie sich gewaltsam Eingang in die Fabrik verschafften; da fühlten einige von uns die Gewehrkolbe der Sipo auf der Brust, und hinter derselben verschanzt stand die Belegschaft des K. L. B. und hätte sich sicher gefreut, wenn einige von uns für ihre gerechte Sache das Pflaster rot gefärbt hätten!

Aber die Mannschaften der Sipo halten wohl mehr Verständnis für die Erregung der Arbeitslosen und verhandelten in Ruhe mit uns! Wie gesagt, im großen und ganzen ist es eine Schmach für das gesamte deutsche Proletariat, solche Genossen wie im K. L. B. der D. W. F. zu haben! Unser Bestreben geht dahin, den Waffenbau zu unterbinden, und es ist Ehrenpflicht jedes einzelnen recht denkenden Arbeiters, uns darin zu unterstützen, nur mit Hilfe der großen Masse des deutschen Proletariats können wir unser Ziel erreichen, daß die Fabrikation von Mordwaffen unterbleibt, es gibt andere Arbeit, die dem Volke mehr Nutzen bringt!

Die Ausständigen der D. W. F. Wittenau.

Aus der Partei.

An das Proletariat von Mitteldeutschland!

Proletarische Genossen, die Konterrevolution marschiert gegen Räte-Rußland, gegen die deutsche, gegen die Weltrevolution. Die ganze internationale Konterrevolution ist auf dem Wege, das internationale Proletariat niederzuschlagen. Die deutsche Regierung hat längst ihre Neutralität gegenüber Rußland gebrochen. In Bayern sammelt sich unter dem Schutz des Entwaffnungsgesetzes, unter dem Schutz der Neutralität der deutschen Regierung die weißgardistische Offizierskaste, um unter ihren Fahnen den ungarischen Schreden nach Deutschland zu übertragen. **Klassengenossen, jetzt gilt es, zu entscheiden für oder gegen die Revolution, für oder gegen Rußland.**

Die Arbeiterschaft vom Leunawerk hat die Situation erkannt, sie hat erkannt, daß die Neutralität umgesetzt werden muß in Solidarität. Das kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein. Die Arbeiter vom Leunawerk haben getan, was notwendig ist, **indem sie einen politischen Arbeiterrat gewählt haben.**

Wir rufen nun die Arbeiterschaft von Mitteldeutschland auf, dasselbe zu tun.

Es lebe Räte-Rußland!
Es lebe Räte-Deutschland!
Es lebe die Weltrevolution!

Der politische Arbeiterrat vom Leunawerk.

Anmerk. d. Red.: Der politische Arbeiterrat vom Leunawerk fordert alle in Mitteldeutschland gewählten politischen Arbeiterräte auf, sich durch Kuriere beim politischen Arbeiterrat vom Leunawerk zu melden zwecks Einberufung eines Rätekongresses von Mitteldeutschland.

Genossen, tut eure Pflicht!

Um Irrtümer zu vermeiden, weisen wir darauf hin, daß der Pflichtbeitrag, den die Wirtschaftsbezirke an den Geschäftsführenden Hauptausschuß abzuführen haben, ab 1. August 75 Pfg. pro Mitglied und Monat beträgt.

Desgleichen weisen wir auf den Parteitagsbeschluß hin, daß jedes Mitglied, das in Arbeit steht und bis 31. August 20 keine Gründungsfondsmarken geklebt hat, aus der Partei auszuschließen ist.

Versammlungs-Kalender.

Groß-Berlin.

Mittwoch, den 6. Oktober, abends 7 Uhr, im Lokal, Berlin, Forsterstr. 36, **wichtige Sitzung der Zeitungs-Obleute** der Bezirke und Betriebe. Jeder muß anwesend sein.

Allgem. Arbeiter-Union. Dienstag, den 5. Oktober, abends 7 Uhr, Große öffentliche Volksversammlung. Thema: „Revolutionierung oder Zertrümmerung der Gewerkschaften." Vogt-Theater, Badstr. 4. Bez.

Allgem Arbeiter-Union. Donnerstag, den 7. Oktober, abends 7½ Uhr, im Lokal Rathmann, Wilhelmstraße 118, Versammlung aller Buchdrucker, Hilfsarbeiter und sonstige dem graph. Gewerbe Angehörige der K. A. P. D. und mit uns sympathisierenden Kollegen.

Ortsgruppe Hamburg.

Distrikt Barmbeck. Versammlung jeden Dienstag bei Bender, Elsastr. 24.

Zeitungs-Ausgabestellen der K.A.Z.

Berlin.

Berlin N., Danziger Straße 71, Lokal Ring.
„ N., Bornholmerstr. 86, Zigarrengeschäft Jendretzky.
„ N., Gethsemanestr. 5. W. Völker Hngb. ptr. rechts.
„ NO., Palisadenstraße 22, vorn 3 Trpp., Lippert.
„ NO., Fuselandstraße 22 bei Paris, Lokal.
„ O., Weberstraße 6, Fr. Boß.
„ S., Schönleinstraße 24, Plätzgeschäft.
„ SO., Skalitzer Straße 59 c, Lokal Stahl.
„ SO., Wiener Straße 12, Laden.
„ SW., Puttkamerstraße 11, Lörich.
„ SW., Wilhelmstraße 28 (von 2 bis 6 Uhr; außer Montags).

Berliner Vororte.

Britz, Chausseestraße 82, bei Mittag.
Charlottenburg, Salzburgstraße 1, Laden, Schwarting
Cöpenick, Kaiserin Augusta Viktoria Str. 8, Rest. Zülch.
Berlin-Halensee, Karlsruher Straße 11, bei Robert Reiber.
Berlin-Lichtenberg, Weser-Ecke, Kronprinzenstraße, Lokal Freicht.
„ Gürtelstraße 25, Buchhandlung Rathke.
Lichterfelde, Hindenburgstr. 48, v. 1 Trpp. b. R. Lehmann, jeden Dienstag und Freitag abends 6 Uhr.
Berlin-Mariendorf, Kurfürstenstr. 34, Jugenheim.
Berlin-Reukölln, Panierstr. 24, Lokal Gilder.
„ Nogatstr. 50 Ecke Selkestr., Moldenhauer.
Nowawes, Plantagenplatz Ecke Wallstr. bei Schütz.
Berlin-Pankow, Gallardstraße 17, Hof 1 Trpp., Meibauer.
Berlin-Reinickendorf-Ost, Pankower Allee 39, Lokal „Zur Gießkanne".
Berlin-Reinickendorf-West, Antonienstr. 61, Lokal Schulz.
Rosenthal, Nieder-Straße, Bolz.
„ Kronprinzen-Straße 14, Kreuz
Berlin-Schmargendorf, Breitestr. 51, bei Biernoth.
Schöneberg, Apostel Paulusstr. 33, bei Baum und Sedanstr. 19/20, bei Schünemann, sowie bei den Zeitungshändlern Hauptstr. vor dem „Schwarzen Adler" und Hauptstr. Ecke Tempelhoferstr.
Berlin-Steglitz, Flensburger- Ecke Düppelstr., Lokal Henke.
Berlin-Tegel, Haupt- Ecke Schönebergerstr, Lokal Bondecki.
Berlin-Tempelhof, Dorfstr. 45, Beisolt-Anstalt.
Betdmannslust, Lokal Schweizerhof.
Berlin-Weißensee, Pistoriusstr. 148 (Keller).
Berlin-Wilmersdorf, Gasteiner Str. 30, bei Leo Zackiewowitz.

Im Reich.

Düsseldorf, Ulmenstr. 51, 1 Trpp., Max Schröder.
Kiel, Falkstraße 21, 2 Trpp. rechts bei Dethmann.
Cuxdlinburg, Karl Schumann, Kramerstr. 11.

Verantwortlicher Redakteur: Kunze, Berlin.
Druck und Verlag: Verlag der K. A. P. D., Berlin.

Soeben erschienen:

Russische Korrespondenz. Nr. II, August 1920.

Aus dem Inhalt: Karl Radek; Programm des sozialistischen Wirtschaftsaufbaues. Die Beschlüsse des 9 Kongresses der Kommunistischen Partei Rußlands. L. Trotzki; Sowjet-Rußland und das bürgerliche Polen. W. Wilenski; China und Sowjet-Rußland Churchill als Vertreter (Geheim-Memorandum an Sazonow). Lenin Brief an die Arbeiter und Bauern der Ukraine. Tomski; Ueber die Aufgaben der Gewerkschaften. A. Swiderski; Lebensmittelpolitik der Sowjet-Regierung. Die Organisierung des Arbeitsmarktes in Rußland. W. Kasakewitsch; Zur Frage der Gewinnung von Kalisalzen in Rußland. A. Prasalow; Das Schicksal der Ural-Industrie. A. Bogdanow; Was ist proletarische Dichtung new Illustrationen: N. Lenin. Palast der Arbeit in Petrograd. 140 Seiten. Pr. 6.- M.

Kommunismus. Heft 35.

Aus dem Inhalt: Das zusammenbrechende Polen. - Zum russischen Rückzug. Die Beteiligung der kommunistischen Partei an den Parlamentswahlen Deutsch Oesterreichs. Das spanische Proletariat im sozialen Kampfe. Legalität und Illegalität. Internationale Rundschau. Pr. 1.50 M.
45 Seite.

Sozialwissenschaftl. Verlagsbuchhandlung Erich Rathke
Berlin-Lichtenberg, Gürtelstrasse 25.

Verlag der K. A. P. D., Berlin SW. 48. Wilhelmstr. 28, 4 Trp

„Proletarier"
Monatsschrift für Kommunismus
Heft I. Preis 1,50 M.

Aus dem Inhalt: Grundsätzliche Bemerkungen zur Weltpolitik. Einigung der kommunistischen Parteien Deutschlands! Oestlicher und westlicher Kommunismus Der Parlamentarismus in der proletarischen Revolution Proletarische Erzählungs-Kunst. Politische Notizen etc.

Parteigenossen u. Genossinnen! Arbeiter u. Arbeiterinnen!

Wollt Ihr, dass Eure Genossen in den Gefängnissen nicht verhungern, so sorgt für

rege Sammlungen von Lebensmitteln und rotkarten.

Alle gesammelten Lebensmittel sind abzugeben:

Zentralstelle v. Rathke, Buchhdlg. Lichtenberg, Gürtelstr 25.

Achtung! Arbeitslose! Achtung!

Mittwoch, den 6. Oktober, vorm. 11 Uhr

Gr. öffentl. Kundgebung

für Gross-Berlin im Lustgarten

Thema: Wie die Behörden die Arbeitslosen lassen!

Arbeitslose!
Männer, Frauen und Kinder erscheint in Massen!

Der Aktionsausschuß der politischen Arbeiterräte der Erwerbslosen.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

11. Oktober 1920. **Kommunistische Montags-Zeitung** Preis 40 Pfg.

(Kommunistische Arbeiter-Zeitung)

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbez. Groß-Berlin

Die Zeitung erscheint jeden Montag. — Preis in Berlin 40 Pfg. pro Nummer. — Zu beziehen durch die Expedition-Organisation der Partei und die Bezirksbüros. — Postscheckkonto Berlin NW 7, 19009.

Redaktion u. Expedition Berlin SW 48, Wilhelmstr. 28 IV
Geöffnet täglich ausser Montags von 2—6 Uhr nachmittags

Versand nach auswärts: Unter Streifband 4,40 Mk., als Brief 5.— Mk. monatlich; nach dem Ausland unter Streifband 5,20 Mk., als Brief 6.— Mk. monatlich.

Der Schrei der Arbeitslosen

Das Heer der Arbeitslosen wächst in die Millionen hinein! Die Zahl der dadurch mitbetroffenen Frauen und Kinder läßt die Ziffer zu Abermillionen anschwellen: ein furchtbares Menetekel, ein Flammenzeichen, das vor das Ende der kapitalistischen Epoche geselllt ist. Das entsetzlichste Elend als letzte Station auf dem Golgathaweg des deutschen Proletariats. Es ist das furchtbare Schicksal, daß je deutlicher und drohender der Zusammenbruch der bürgerlichen Wirtschaft — nicht bevorsteht — nein schon da ist, sich schon auswirkt, desto schwerer diejenigen zu leiden haben, denen ja gerade die Freiheit aus der Knechtschaft, endlich Leben in einer nicht von Ausbeutern beherrschten Welt erst durch diesen Zusammenbruch des Kapitalismus bereitet werden kann. **Vor uns steigt die grauenvolle Bilson eines geradezu teuflischen Zustandes auf:**

Wie sehen den Kapitalisten fett gemästet von den Erträgnissen glücklicher Kriegs- u. Revolutionskonjunktur, Schiebergewinne, Valutenspekulation, Bilanzschwindeleien, Millionär geworden im Kriege durch Verkauf von Nahrungs-„ersatzmitteln" an — die Proletarier, die die hungernden ausgemergelten Körper nicht kräftigen konnten mit Ersatz, mit Suppen-„ersatz" mit den vielen jeder gesunden Ernährung hohnsprechenden Mitteln, (für deren Verbreitung ein „Erfindet" im Frieden Gefängnis wegen Nahrungsmittelfälschung, im Krieg das Verdienstkreuz beklam), reich geworden durch Leder- und Lucherersatz, die sich mit Hunderten von Prozenten Gewinn absehen ließen und einen großen Absatz schon dadurch garantierten, daß sie so schnell wieder zerrissen, also schleunigst erneuert werden mußten. — Wir sehen den Kapitalisten, Millionär geworden in der Nachkriegszeit durch den Ausverkauf Deutschlands, durch die Auslieferung der mühseligen Arbeit der Proletarierhände an die Bourgeoisie der glücklichen Sieger- und Neutralstaaten. Wir sehen diesen Kapitalisten, wie er sich flüchtet hinter seinen Reichtum, wie er bereitwillig seine Betriebe stillegt, weil er sie nicht mehr nötig hat, weil er ja genug hat, weil der Schrank ja voll ist mit Auslandsbevisen, weil es gefährlich ist, vor dem immer drohender erwachenden Selbstbewußtsein des Proletariats noch Fabriken arbeiten zu lassen, um einen Mehrgewinn einzustecken. Wir sehen, wie er systematisch seine Maschinen verkauft, die Betriebe ruiniert, wie sie schlimmer nicht die hohenzollernsche Generalität in Belgien und Frankreich ruiniert hat.

Und während dies alles geschieht, während der Kapitalist, das gewonnene Geld in Sicherheit zu bringen sucht, während dessen sehen wir die deutsche Arbeiterschaft unter dem drohenden Schicksal eines fürchterlichen Winters, eines Winters ohne genügende Nahrung, ohne Heizung, ohne Arbeit. **Muß man an dieser Stelle noch sagen, was das heißt?!** Nachdem der Kapitalismus in sinnloser Hast und Geldgier, jeder Einzelne nur an sich denkend, jede gemeinsame, kluge Aufbaumöglichkeit vernichtend, die deutsche Wirtschaft an den Galgen gewirtschaftet hat, hat er nicht nur sich selbst das Grab gegraben, sondern droht auch die Millionen der Proletarier in dieses Massengrab, das nicht weniger grauenvoll ist, als die Massengräber eines Weltkrieges, hineinzureißen. Ja, sie sollen die ersten sein, die zu Grunde gehen — **ehe der erste Kapitalist vor dem wirklichen Ruin steht, sollen Tausende von Proletariern, von Frauen und Kindern an Entkräftung zu Grunde gehen! Seine Schuld, die Schuld des Proletariatsistes, wenn solche Rechnung nicht zu schanden wird!**

Wie lächerlich wirken gegenüber solchem weltgeschichtlichen Ablauf der Dinge die verängsteten Versuche jener Stellen, die sich noch „Regierung" nennen, jener verzweifelten Politikanten, die sich Geheimräte, Ministerialdirektoren, Staatssekretär und Minister titulieren, dem drohend heraufgehenden Gewitter eines zur Tat entschlossenen Proletariats vorzubeugen durch **Notstandsarbeiten!** ein kümmerliches, lächerliches Wort! Die Zeiten der Lebensmittelersatzmittel, der Stoffersatzmittel soll abgelöst werden durch **Arbeitsersatz**, durch **Aufbauersatz!** Hier ein paar Siedlungsbauten, da ein paar paar hundert Quadratkilometer Urbarmachen des Bodens — das soll helfen!? Das hilft nicht mehr als die Flut von Flugschriften und Plakaten, die uns um die Ohren geschlagen werden: „Nur Arbeit kann uns retten". O ja, nur Arbeit kann uns retten — aber nicht die Arbeit für den Versuch der gescheiterten kapitalistischen Wirtschaft — glücklicherweise ist die ja gar nicht mehr zur Gesundung zu bringen — nicht die Arbeit also, die das gerechte Schicksal der bestehenden Bourgeoisieherrschaft nach einmal aufsteigen soll, den Freiheitskampf wieder bis in ungewisse Fernen vertagen soll. **Die Arbeit, die uns allein retten kann, ist jene die einsetzt mit dem Tage der Uebernahme der politischen Macht!** Erst dann ist Arbeit sinnvoll, erst dann planvolles, allmähliches Aufbauen möglich. „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein" — dieser alte Mahnruf bekommt immer wieder neue Bestätigung. Und ganz besonders in der Frage der Arbeitslosigkeit, denn Arbeitslosigkeit ist ja gleichbedeutend mit Elend und der Befreiung aus dem Elend helfen ja jene Worte, die in unsern Herzen eingehämmert werden.

Es war ein historischer Moment, als in dem parlamentarisierenden, mit allen Methoden bürgerlicher Dialektik und Versammlungsschwindel geleiteten „Reichskongreß der Betriebsräte" die Erwerbslosen ihren Eintritt erzwangen und sich Gehör verschafften für ihre Resolution:

> Der Reichsausschuß der Erwerbslosenräte Deutschlands stellt im Namen der Arbeitslosen des Reiches folgende Forderungen an den Betriebsrätekongreß und beauftragt diese Forderungen der Regierung zu unterbreiten und bei ablehnender Haltung der Regierung für die Forderungen der Arbeitslosen in Aktion einzutreten:
>
> 1. Keine Entlassung, keine Stillegung. Ist die volle Fortführung des Betriebes nicht möglich, so ist die Arbeitszeit zu verkürzen. Die Prüfung der Voraussetzungen hierfür liegt den Betriebsräten zu.
>
> 2. Wiederaufnahme der Arbeit in den stillgelegten Betrieben. Die zur Weiterführung der Betriebe notwendigen Kapitalien sind durch die Beschlagnahme der gesamten Vermögen der Unternehmer sicherzustellen. Darüber hinaus Beschlagnahme des Betriebskapitals zwecks Beschaffung der für die Ingangsetzung der Betriebe erforderlichen Kapitalien. Die Verwendung der Kapitalien erfolgt unter der Leitung der Arbeitsorgane (Arbeiter- und Betriebsräte).
>
> 3. Sofortige Umstellung der Industrie auf Bedarfsartikel der breiten Massen.
>
> 4. Maßnahmen zur Ermöglichung des Absatzes:
>
> a) genaue Kontrolle der Preise, ihre Festsetzung durch die Betriebsräte,
>
> b) Feststellung des Inlandsbedarfs an notwendigen Bedarfsartikeln,
>
> c) Verteilung dieser Bedarfsartikel an die breiten Massen mit Hilfe der Konsum-Organisationen zu einem den Einkommensverhältnissen der breiten Massen entsprechenden Preise.
>
> d) Beschaffung der hiernach sich ergebenden Preisdifferenz aus öffentlichen Mitteln.
>
> 5. Sofortige Aufnahme der Beziehungen zu Sowjetrußland. Sofortiger Eintritt in Verhandlungen darüber, was Deutschland an Rußland an notwendigen Waren, Rußland an Deutschland an Rohstoffen und Nahrungsmitteln liefern kann.
>
> Bis zur Erkämpfung eingetreten für nachstehende wirtschaftliche Forderungen:
>
> 1. Die Arbeitslosenunterstützung ist zu zahlen in einer Höhe des Lohnes der Arbeiter in den Betrieben.
>
> 2. Alle Rentenempfänger erhalten neben ihrer Rente denselben Lohn wie die Arbeiter im Betriebe.
>
> 3. Durchgreifende Fürsorge in demselben Sinne auch für die Kriegsbeschädigten.
>
> 4. Durchgreifende Fürsorge für die gesamte Jugend, vor allem der Kinder der Arbeitslosen.
>
> a) ausreichende Ernährung,
>
> b) ausreichende Kinderpflege im allgemeinen,
>
> c) ausreichende Fürsorge der Kinder in den Schulen,
>
> d) ausreichende Fürsorge für alle werdende und stillende Mütter.

Nichts macht die tiefen Zusammenhänge zwischen Politik und Wirtschaft deutlicher als diese Resolution (die natürlich in einer Kommission als „Material" verschwindet!):

Eben gerade weil diese wirtschaftlichen Forderungen die einzigen sind, die wirklich aus der entsetzlichen Not der Arbeitslosigkeit herausführen — sind sie nur zu erreichen mit dem politischen Sieg. Sie enthalten das Todesurteil der bürgerlichen Gesellschaft, weil es zwischen den Möglichkeiten der Vernichtung dieser Gesellschaft und der Vernichtung des Proletariats kein Hin- und Herbalanzieren mehr gibt, weil es trotz aller Kompromißler im bürgerlichen Lager und im Lager der Arbeiterschaft **keinen Kompromiß mehr gibt!**

Allerdings darin haben die ob solcher Konsequenz entsetzten Gewerkschaftsseelen im Verein mit der reaktionären Presse **vollkommen recht:** innerhalb der bestehenden Gesellschaftsform sind diese Forderungen undurchführbar — **weil es eben gar keine Forderungen gibt, die gleichzeitig sinnvoll, zweckmäßig und durchführbar in der kapitalistischen Wirtschaftsform sind!**

Wir sehen die Morgenröte einer neuen Zeit, aber wir wissen auch, daß der Weg nicht weniger steinig wird durch die Nähe des Zieles — aber trotzdem leichter, weil zum Brechen der letzten Hindernisse nur Entschlossenheit und Mut gehört und das Bewußtsein einer ungeheuren Kraft, die in einem klassenbewußten Proletariat gefährlich — für den Bürger — ruht.

Und es bleibt uns ja keine Wahl. Gott sei dank!

Aus dem Inhalt:

Die Brutalität der Zeitungs-Kapitalisten
Die gefangenen Notverdriften in Deutschland
Parteitag der deutsch-Uterr. Sozialdem.
Spartakus von den Russen bloßgestellt

Aufruf der revolutionären Arbeiter-Räte der Erwerbslosen

Arbeitslose und Arbeitende!

Kaum hat die Bewegung zur Schaffung einer einheitlichen revolutionären Kampffront von Arbeitenden und Arbeitslosen durch die Wahl von politischen Arbeiterräten eingesetzt, so ist das Bonzentum und der Führerklüngel der Gewerkschaften, Betriebsrätezentrale, unterstützt von denen der rechten U. S. P. D., bereits bemüht, diese Bewegung zu unterbinden und wenn möglich auszurotten. Schon im März d. Js. haben sie die revolutionären Parolen mit allen Mitteln sabotiert und tausende edle Vorkämpfer den Henkersknechten des Großkapitals ausgeliefert. Als vor kurzer Zeit die revolutionären Massen der Arbeitenden und Arbeitslosen gegen die Bereicherungspolitik der Weißgarden Angelegtes zu demonstrieren beabsichtigten, waren es wieder dieselben Instanzen, die sich gegen die Interessen und Forderungen der revolutionären Arbeiterschaft wandten; indem sie gegen die Teilnahme an der Demonstration auf die bezweckte Weise agitierten, mit der Verrätnung, daß unverantwortliche Elemente unter den Arbeitslosen einen Putsch zu provozieren beabsichtigen. Gerade das U. S. P. D.-Organ „Die Freiheit" leistete Unerhörtes in der Förderung dieser schmutzigen Propaganda gegen die verantwortlichen Berater der Arbeitslosen.

Vor kurzem versuchte die Betriebs-Rätezentrale über die Köpfe der politischen Arbeiterräte der Arbeitslosen hinweg die Sympathie und Unterstützung der Arbeitslosen an sich zu reißen und somit die Einigkeit der Arbeitslosen durch beabsichtigte Wahl von Arbeitslosenvertretern nach Fächern und Berufen zu zerstören. Die große Masse der Arbeitslosen lehnte jedoch diese Anmaßung ganz entschieden ab. Die Betriebs-Rätezentrale, welche durch diese geplante Wahl das erste Mal ein reges Interesse für die Arbeitslosen zeigen wollte, mußte zu ihrem großen Leidwesen wahrnehmen, daß die Erwerbslosenbewegung für die Machenschaften von Cliquenzen oder gewinnsüchtigen Bonzen nicht mehr zu haben ist. Die Behauptung der Betriebsrätezentrale, daß sie durch dieses, ihr letztes Vorgehen, ein Zusammenwirken der Arbeitenden und Arbeitslosen herbeiführen wollten, ist lächerlich durchsichtig, da die politische Arbeiterrätebewegung gerade dieses Ziel eifrig verfolgt. Der Grund dieser großen Besorgtheit um die Arbeitslosen seitens der Betriebsrätezentrale, Gewerkschaften und rechten U. S. P. D. ist aber ein ganz anderer, für sie durchaus wichtiger.

Bekanntlich ist die Arbeitslosenfürsorge des Magistrats größtenteils in den Händen von rechtsstehenden U. S. P. D.-Leuten, die es bisher verstanden haben, sich die Erwerbslosenräte für ihre, die Aktionsfähigkeit der Massen lähmende, Kleinarbeit dienstbar zu machen. Dieses Unwesen der Teilnahme an der miserablen Kleinkrämerei ging seitens der Erwerbslosenräte soweit, daß selbst Mitglieder revolutionärer Parteien in dem Sumpf dieses kommunalen Wohlfahrtseinkommens untergegangen drohten. Da setzte eine Rebellion unter den Arbeitslosen ein; es wurden Aktionsausschüsse gebildet, welche „revolutionäres Handeln" auf ihr Banner schrieben. Dieser energischen und scharfen Agitation war es zuzuschreiben, daß die Arbeitslosen in ihren Versammlungen die Erwerbslosenräte ablehnten und an ihre Stelle politische Arbeiterräte wählten, welche sich sogleich mit den politischen Arbeiterräten der Arbeitenden vereinigten zwecks Schaffung einer einheitlichen Kampffront.

Selbstverständlich lehnten die politischen Arbeiterräte der Arbeitslosen von Anfang an jede Kleinarbeit ab und beschränkten sich darauf, durch eine Beschwerde- und Kontrollkommission die Beschwerden der Arbeitslosen dem Magistrat zur Kenntnis zu bringen und auf sofortige Beseitigung der Uebelstände zu dringen.

Man wird es leicht verstehen, daß das Vorgehen ehrenamtlicher, revolutionärer, politischer Arbeiterräte ein ganz anderes ist, als das der mit M. 15,— extra, pro Tag also M. 23.— (Schandgeld) besoldeten Erwerbslosenräte, die vom Magistrat als feine Angestellte betrachtet und behandelt werden.

Schon die Bestrebungen der politischen Arbeiterräte auf Erlangung voller Existenz (d. h. ein volles Maß von Nahrung, Kleidung, Wohnung und anderen Notwendigkeiten) und ferner Arbeit für Alle und als Uebergangsmaßnahme, die Inbetriebsetzung aller still gelegten Betriebe. — Diese Bestrebungen erregen natürlich Anstoß bei dem gesamten Magistrat. So lud man neulich Vertreter der Betriebsrätezentrale der U. S. P. D., K. P. D., K. A. P. D., die alten Erwerbslosenräte und unseren Aktionsausschuß ein, um angeblich eine Klärung in der Arbeitslosenfrage herbeizuführen. Am Ende einer langen Diskussion, während welcher uns die Vertreter der Betriebsrätezentrale und die rechten U. S. P. D.-Leute mit falschen Anschuldigungen und unberechtigten Vorwürfen überschütteten, um lediglich ihre eigenen Sünden zu verdecken, wurden wir aufgefordert, gemeinsam mit den bereits abgelehnten Erwerbslosenräten Versammlungen einzuberufen, in welchen sich die Erwerbslosenräte verantworten, und wir uns unsere Wahl bestätigen lassen sollten. — Selbstverständlich lehnten wir dieses Ansinnen glatt ab und zwar aus folgenden Gründen:

1. Diese Neuwahl ist nicht im Interesse der Arbeitslosen beabsichtigt, sondern zwecks Durchführung der Reformpolitik der Betriebsrätezentrale und der rechten U. S. P. D., mit Rücksicht auf die Wünsche des von der U. S. P. D. beherrschten Magistrats.

2. Die Arbeitslosen haben bei der letzten Wahl wohl gewußt, warum sie die Erwerbslosenräte abgesetzt und die politischen Räte wählten.

3. Erwerbslosenräte für die Kleinarbeit des Magistrats sind nicht notwendig. Dafür soll der Magistrat entsprechend besoldete Beamte anstellen.

4. Die Arbeitslosen würden in schlimmste Verwirrung geraten, wenn wir ihnen jetzt mit einer Neuwahl kommen würden. Das Resultat davon könnte höchstens sein, daß sie beide Art Räte fortingen und die Arbeitslosenbewegung in die Hände von Gegenrevolutionären geraten könnte.

Arbeitslose und Arbeitende! Ihr wißt jetzt, worum es sich handelt. Sollten sich die alten Erwerbslosenräte, unterstützt von der Betriebsrätezentrale und rechten U. S. P. D. oder der Magistrats an euch zwecks Neuwahl wenden, beachtet sie nicht! Folgt nur unseren Parolen! Ihr habt uns gewählt, und wir treten voll und ganz für eure Interessen ein!

Die politischen Arbeiterräte der Erwerbslosen Groß-Berlins.

Nachschrift: In diesen Tagen der infamsten Fälschungen bei der Bildung der proletarischen Räte als Organen des klassenbewußten Proletariats, muß gerade von den Arbeitslosen mit aller Kraft daran festgehalten werden, daß sie zu Vertretern ihrer Interessen nur Räte wählen, die ihre Not und ihr Elend teilen, die aus ihren Reihen hervorgehen. Sie dürfen sich auf keinen Fall einfangen lassen von Instanzen, die nur das eine im Auge haben, die Arbeitslosen als das ihrem Opportunismus gefährliche Element von der Straße zu entfernen. Sie dürfen es auch nicht zulassen, daß ihre Räte durch Einrichtung von Verhandlungsstellen allmählich zu Gewerkschaftsfunktionären degradiert werden, zu Vermittlern zwischen Kapital und Arbeit. Bettelpfennige helfen nichts, sie verlängern nur das Elend, statt daß es durch geschlossene revolutionäre Kräfte beseitigt wird. Das ist dadurch nur möglich, daß die Räte der Arbeitslosen aufs engste zusammengeschlossen werden mit den revolutionären Räten der Arbeitenden. Die Solidarität, das gemeinsame Wollen beider zur Tat, ist das erste und einzige Mittel zur Aenderung der Verhältnisse. Die größte Gefahr für den Fortgang der Revolution ist der Opportunismus. Hütet euch darum vor allen Versuchen!

Politische Rundschau

Die Herausforderung des Pressekapitals

Zu der niederträchtigsten Kategorie von Ausbeutern gehören die Zeitungskapitalisten. Die kolossalen Unternehmergewinne, die von den Riesenbetrieben Mose, Ullstein, Scherl usw. eingeheimst werden, können nur ermöglicht werden durch eine so schamlose Ausbeutung der dort tätigen Arbeiter und Angestellten, daß selbst der „Vorwärts" von „berechtigten Forderungen" der Streikenden sprechen muß. Wie nicht anders zu erwarten, haben sich die Arbeiter der Zeitungsbetriebe mit den streikenden Kaufmannsgehilfen und Angestellten solidarisch erklärt. Diese Solidaritätserklärung ist vom Unternehmertum mit der Aussperrung sämtlicher dort beschäftigter Arbeiter und Arbeiterinnen beantwortet worden, so daß insgesamt 16 000 Proletarier auf dem Straßenpflaster liegen. Das Kapital hält offenbar den Zeitpunkt für günstig, um gegen das Proletariat auch in diesem Berufszweige zur Offensive überzugehen, nachdem ja zuvor in fast sämtlichen Industrien die Betriebsstillegungen systematisch zur Durchführung gelangt sind.

Wenn die Zeitungsmagnaten sich im Augenblick eine solche Herausforderung leisten dürfen, dann liegt die Schuld nicht zuletzt an der unglücklichen, zaghaften und nachgiebigen Haltung der im graphischen Gewerbe tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen. Schuld trifft vor allem auch die reaktionären Verbandsleitungen, die bisher immer noch die Interessen des Zeitungskapitals nachdrücklichst wahrzunehmen verstanden. Vor allem rächt sich im Zeitungsgewerbe wie in allen anderen Produktionszweigen die Zerspliterung in Fachverbände, wodurch die notwendige Einheitsfront zwischen Arbeitern und Angestellten immer wieder durchbrochen werden mußte.

Jetzt hat endlich die freche Willkür des Zeitungskapitals Arbeiter und Angestellte zu einer gemeinsamen Kampffront zusammengeschmiedet — trotz der Zerspliterungsmethoden der für den Endkampf äußerlich unbrauchbaren Gewerkschaften. Die Arbeiter im Zeitungsgewerbe haben ihre Pflicht der Solidarität gegen die Angestellten glänzend erfüllt. Daran mögen die Angestellten denken, wenn die Reihe an sie kommt. Den Arbeitern gegenüber ihrerseits Solidarität zu beweisen. Denn wird das Unternehmertum sehr rasch in die Defensive gedrängt werden und gar nicht daran denken können, mit der größten Seelenruhe Tausende von Proletariern auf die Straße zu werfen. Das gesamte Berliner Proletariat aber muß sich darauf vorbereiten, seinen um die nackte Existenz kämpfenden Brüdern und Schwestern im Zeitungsgewerbe durch die Tat zu Hilfe zu kommen.

Antibolschewistische Propaganda

Der militärische Rückschlag der Roten Armeen ist das Signal für die gesamte internationale Konterrevolution, die Arbeiterschaft aller Länder durch Alarmnachrichten über den unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruch der russischen Räte-Republik zu beunruhigen und damit für eine erhöhte Verkürzung der Rechte des Kapitalismus gefügig zu machen. Beispielsweise die „Deutsche Tageszeitung", die — solange die Roten Armeen auf dem Vormarsch sich befanden — manch anerkennendes Wort für Sowjet-Rußland zu finden wußte, hält jetzt den Augenblick für gekommen, um die deutsche Oeffentlichkeit mit einer ganzen Serie von Lügenmeldungen über Rußland zu beglücken. Gleich auf einmal verbreitet sie die folgenden Nachrichten, denen man den Schwindel auf den ersten Blick anmerkt:

Basel, 6. Oktober. Unser L.-Berichterstatter meldet: „Echo de Paris" berichtet aus Zürich: Der Schweizer Nationalrat und Kommunistenführer Platten, der vor kurzem in Rußland weilte, erklärte, Rußland sei im Begriff, eine große Bauernrepublik zu werden, die von einer gemäßigten sozialistischen Regierung geleitet sein werde. Die Herrschaft Lenins und Trotzkis nähert sich ihrem Ende, sie könnte sich noch kurze Zeit allein durch den Terror halten.

Stockholm, 6. Oktober. Nach Meldungen hiesiger Blätter nimmt in Kreisen der Sowjets die Beunruhigung täglich zu. Die roten Truppen, die an der südrussischen Front den Rückzug angetreten haben, sind durch Hunger und andere Entbehrungen völlig demoralisiert und laufen scharenweise zu den Gegnern über. Die Bemühungen Trotzkis, in den südrischen und sibirischen Provinzen neue Truppen aufzubieten, sind gescheitert. Ueberall erhebe sich die Bauern, und selbst die Arbeiter weigern sich entschieden, militärischen Dienst zu tun. Die Arbeiterschaft in Moskau und Petersburg drohen mit dem Streik und plündern die Fabriken, in denen sie zur Arbeit gezwungen werden. Die bolschewistische Presse bringt täglich alarmierende Berichte über die Lage an der Front.

Helsingfors, 6. Oktober. „Pravda" meldet, daß die Sowjetregierung den bekannten Reitergeneral Budjenny wegen der russischen Niederlage in Galizien vor ein Kriegsgericht stellen will. Budjenny ist jedoch bereits mit einem Teil seiner Soldaten entflohen und hat nach der „Pravda" die Absicht, sich mit den Truppen Petljuras zum Kampfe gegen die Räteregierung zu vereinigen.

Dann geht's im gleichen Stile weiter: „Moskaus letztes Kampfmittel — die Propaganda". — „Abweisung der bolschewistischen Forderungen in Riga". Morgen werden wir wahrscheinlich wieder lesen: „Lenin von Trotzky ermordet! Die Rote Armee hat sich zum Zarismus bekehrt. Die Arbeiter in Moskau und Petrograd haben sich mit dem Ententekapital verbündet, um der Ausbeutung durch den Kommunismus ein Ende zu machen."

Nun ist man ja von seiten der antibolschewistischen Propaganda an manche Ungeheuerlichkeiten gewöhnt. Die Frechheit, mit der diese Herrschaften zu Werke gehen, kann schließlich niemanden mehr in Erstaunen setzen. Aber daß sie es überhaupt noch wagen dürfen, die Oeffentlichkeit mit solchen durchsichtigen Lügenmeldungen zu bearbeiten, stellt der deutschen Arbeiterschaft gerade nicht das beste Zeugnis aus. Wüßte die Konterrevolution, daß ihr antibolschewistischer Propaganda-Apparat bei den deutschen Proletariern auf eine Mauer von Unglauben stoßen muß, so könnte sie sich die Mühe sparen. Die Tatsache, daß die Lügenmeldungen über Rußland in kurzen Abständen mit einer beispiellosen Hartnäckigkeit immer von neuem wieder auftauchen dürfen, beweist, daß man von seiten der Arbeiterschaft nicht nur Unglauben erwartet. Und das ist ein beschämendes Zeichen. Der antibolschewistische Schwindel müßte an dem Hohngelächter des gesamten Proletariats zugrunde gehen. Solange das nicht der Fall ist, wird die bürgerliche Presse in trauter Harmonie mit „Vorwärts" und „Freiheit" auch weiterhin ihr antibolschewistisches Handwerk betreiben.

Spartakus von seinen russischen Freunden desavouiert

Die Oktoberrevolution war eine Revolution des russischen Proletariats, hinter der die Bauernschaft und die Armee standen. Alle Arbeiterverbände waren Träger der Revolution, alle Angestellten Gegner der Oktoberrevolution, von den Staatsbeamten waren die oberen gegen, die unteren für die Oktoberrevolution. Die Eroberung der politischen Macht ist die Vorbedingung für die Kontrolle der Produktion. Die Produktion kann entweder nur der Bourgeoisie oder der Arbeiterschaft gehören. Ein Mittelding gibt es nicht und kann es nicht geben. (Lebhafter Beifall.)

Die Schwindelparole von der „Kontrolle der Produktion" entstammt dem „revolutionären" Arsenal des Spartakusbundes. In keiner Nummer der „Roten Fahne" darf dieses Schlagwort fehlen, womit der Anschein erweckt werden soll, als ob eine Produktionskontrolle unter der Herrschaft der Kapitalistenklasse möglich sei. Bisher waren wir die einzigen, die gegen diesen Spartakus-Schwindel aufgetreten sind. Es ist erfreulich, daß Genosse Losowski von der russischen Gewerkschaftsdelegation gleichfalls die Notwendigkeit erkannt hat, den Nonsens einer auf politische Bauernsängerei berechneten Parole durch die Feststellung zu illustrieren, daß jegliche Produktionskontrolle die Eroberung der politischen Macht zur Voraussetzung hat. Wir können dem Genossen Losowski nur beipflichten, wenn er erklärt, daß die Produktion entweder nur der Bourgeoisie oder der Arbeiterschaft gehört. Ein Mittelding gibt es nicht und kann es nicht geben. Hoffentlich tut die Ohrfeige, die Spartakus mit dieser Richtigstellung empfangen hat, eine Zeitlang ihre Wirkung.

Moderne Menschenhändler

Die Preußen waren seit je berüchtigt, im Interesse ihrer Militärzwecke vor keiner Vergewaltigung, keinem Menschenraub, je feinere Mittel zurückschreiten. Ob Friedrich Wilhelm I. mit Gewalt der „langen blauen Kerls" sich bemächtigte oder sein „großer" Sohn, Friedrich II., der Mann der „Toleranz" Kriegsgefangene in seine Bataillone hineinzwang, die Methoden dieser Art Sklavenhandels fließen sich gleich. Sie haben sich fortgesetzt bis in den Weltkrieg; darüber hinaus geübt es dieses Pack, sein Handwerk fortzusetzen. In der letzten Zeit versucht man durch Ausnutzung der Not der Obdachlosen, sie als Sklaven der militärischen Konterrevolution zu versichern. Folgendes Schreiben des A.-Rates der Obdachlosen ist ein Beweis dafür:

Heute erschienen die Genossen H. B. und W. L. und erklärten:

Am 30. September erklärte uns der Gen. Arb.-Rat Fritz Wickenhiesler, daß es Arbeit für uns in Pommern gebe. Wir nahmen die gebotene Gelegenheit dankbar an. Fahrschein nach M.-Roddow zum Zeitgeld wurde uns bewilligt. Dort angekommen wurden wir gefragt, ob wir gedient hätten und bereit seien, der Arb.-Gem. Müller beizutreten. Wir wurden dann nach Greifenberg oder Greifenhagen zum Bahnhofsvorsteher gewiesen. Da uns dort erklärt wurde, die Arb.-Gem. gehöre der Alliierten Division an, fuhren wir nach Berlin zurück.

Selbstverständlich bedeckt die famose Arb.-Gemeinschaft Müller die Einkleidung der beiden (also städt. Berliner Eigentum) zurück und die armen Betrogenen mußten auch noch das Geld für Rückfahrt zusammenkratzen.

Bei den Arbeitslosen wird sicher die „christliche" Erziehung in den Schulen der Bourgeoisie nachwirken und beim Lesen dieser Zeilen werden sie jede Anfeuchtung beschämen in dem Gedanken, daß Reichtum Sorgen bringt, und daß bekanntlich ein Kamel eher durch ein Nadelöhr geht als ein Reicher ins Himmelreich. Sie werden sich sagen, daß sie — je schneller sie verhungern, — je eher Anwartschaft aufs Himmelreich haben. Außerdem ist ja die Bourgeoisie auch bereit, mit Maschinengewehren nachzuhelfen. — Amen. —

Für die internierten Rotarmisten

Aus Frankfurt a. M. geht uns folgender Aufruf zu:

Proletarier, Genossen!

40 000 Soldaten der russischen Armee befinden sich interniert in deutschen Gefangenenlagern. Nach ihrem Uebertritt auf deutsches Gebiet wurden sie von gewissenlosen Wucherern ausgesogen und ihrer letzten Mittel beraubt. Die deutsche Regierung tut wenig oder gar nichts für diese proletarischen Helden. Es ist jetzt Pflicht der deutschen Arbeiter, für diese Kämpfer Sammlungen zu veranstalten, um ihr trauriges Los zu erleichtern. Von dem Gefühl der Notwendigkeit, proletarischer Solidarität geleitet, haben die Angestellten und Arbeiter der Firma Bünte u. Remmler, Frankfurt a. M. ohne Unterschied der Partei eine Sammlung eingeleitet. Das unterzeichnete Komitee wendet sich nun an die klassenbewußte deutsche Arbeiterschaft, überall Sammlungen zu veranstalten und sich mit dem Komitee in Verbindung zu setzen, zwecks Bildung einer Kommission, die die Gaben direkt an die russischen Genossen überbringen soll.

Arbeiter, Genossen! bekundet eure Solidarität gegenüber den Vorkämpfern der Weltrevolution, zeigt eurer bankrotten Bourgeoisie, daß ihr bereit seid, zu opfern, wenn es gilt, euren russischen Brüdern zu helfen.

Das Hilfskomitee für die internierten roten Soldaten.
Düllstein, München, Riebensahn, Basler, Wolf, Späth, Spott, Kiefer, Kern, Zapf, Salomon, Friedrich.

Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

J. A.: Gustav Wolf, Frankfurt a. M., Frankenallee 225 p.

Die Gefangenen der Roten Armee in Deutschland

Die deutsche Soldateska, die die Kämpfer der Roten Armee bewacht, kann nicht feindlicher und diktatorischer sein als die polnischen Konterrevolutionäre. Die Rotgardisten, die für die Weltrevolution gekämpft hatten, glaubten, auf deutschem Gebiet Freunde und Brüder zu finden. Sie haben sich geirrt, die Reaktion hat sich dieser unwillkommenen Gäste nochmals versichert. Man hat sie in Gruppen von etwa 1500 Mann auf möglichst viele und solche Gefangenenlager überführt, die dem Großstadtproletariat fern liegen. Ein doppelter Drahtzaun, um den dauernd Tag und Nacht Posten patrouillieren, trennt sie von der Außenwelt. Einer der Kermisten, der die Küchenbeil besaß, einen Fluchtversuch zu machen, mußte es mit dem Leben bezahlen. — Der Besuch im Lager wurde vom Lagerkommandanten wegen „Ansteckungsgefahr" untersagt. Dagegen war ein Rundgang von außen um das Lager erlaubt. Hier wurde man aber wieder von den mißtrauischen Posten vertrieben, die in sehem Eifersüchtelei eine unwillkommene Konkurrenz wittern. Die Posten haben es nämlich verstanden, die hungernden Gefangenen so nach und nach regelrecht auszuplündern. Sie vermitteln durch die Zäune hindurch den Verkauf von russischen Banknoten, Deren u. a. und zahlen für eine 1000-Rubelnote fünf deutsche Reichsmark. Dagegen lassen sie sich für das Pund Brot 10 bis 15 Mark zahlen. Es gesang mir, eine kleine Schar Gefangener an den Zaun zu rufen. Aus dem Gesprochenen, d. h. was man zwischen Zaun und Zaun auf drei Meter Entfernung und unter Belfein der Posten sagen kann — sei hervorgehoben: Ueber Essen ist im allgemeinen nicht zu klagen, es fehlt nur an Brot. Um das Brotes willen haben viele ihr letztes hingegeben, sogar die Stiefel verkauft. Auch fehlt es an genügender Kleidung. Im Lager halten russische Offiziere den Ordnungsdienst, selber sind diese Leute vielfach keine übergenten Sowjetkämpfer. Hier im Lager lassen sie ihr wahres Gesicht als Konterrevolutionäre blicken und betragen sich dementsprechend.

Von den Vorgängen in Deutschland sowie über den Stand der Verhandlungen zwischen Polen und Rußland werden die Russen fast gar nicht unterrichtet; ein Zeichen dafür, daß man Zeitungen und Aufklärung vom Lager geflissentlich fernhält. — Die Bitte um Brot oder sollte bei unseren deutschen revolutionären Genossen nicht ungehört verhallen. Sollte diese Mitteilung nicht genügen, dem deutschen Sowjetvertreter sofort Maßnahmen zu Unterstützung treffen zu lassen, so muß es eine Ehrenpflicht der deutschen Arbeiter sein, einen Unterstützungsdienst für unsere gefangenen russischen Brüder einzurichten.

Die Leimrute der Deutschnationalen

Nach alledem müßten die Aussichten für die Deutschnationalen als gut bezeichnet werden. Sie sind es auch, wofern die Partei den Wahlkampf entschlossen durchführt und zwar nicht bloß auf dem Boden, wo man sich immer zu bewegen pflegt. Die Masse muß den Beruf wecken, an den Arbeiter herangekommen, immer und immer wieder. Die Zentral Programm gestattet ihr das, so fordert sie geradezu auf dazu. Auch dem Arbeiter gehen allmählich die Augen auf über die Judenherrschaft, der er sich bisher so willenlos gefügt hat, auch er fängt an zu verstehen, daß es allerhand Arten von Kapital gibt und die Sozialdemokratie freis sich als die Beschützerin gerade desjenigen Kapitalismus erweisen hat, der am gefährlichsten ist — des jüdischen Börsenkapitals. Und dann: ist der Zusammenbruch der internationalen Politik der Sozialdemokratie nicht geradezu niederschmetternd? Im nationalen Gedanken liegt das Heil.

Auch der deutsche Arbeiter wird es noch erkennen, hat es schon erkannt bei den Westen, im Saargebiet. Der sozialistischen Verdummungspolitik eine zielbewußte Aufklärung entgegen zu setzen, darauf kommt es heute an. Das ist eine Aufgabe, die heute die Deutschnationalen besser lösen können als jede andere Partei — wollen!

Zur Abwechslung zitieren wir einmal die „Deutsche Zeitung". Von der Absicht dieser Herrschaften, an die Arbeiterschaft herangekommen, nehmen wir bestens Notiz. Ihr „soziales Programm" gestattet ihnen das ja auch, wogegen wir uns die Anmerkung gestatten, daß sie mit ihrem antisemitischen Allerweltsen die deutsche Proletarier nicht fördern werden. Von ihrem sozialen Programm, das sich im Kriege restlos entfaltet hat, haben die deutschen Arbeiter übergenug. Bei dieser Gelegenheit müssen wir sogar die Sozialdemokratie in Schutz nehmen. Es ist nicht wahr, daß sie gerade das jüdische Börsenkapital in ihr Herz geschlossen hat. Wir müssen dies vielmehr dahin berichtigen, daß die Scheidemänner das gesamte Kapital ohne Unterschied der Konfession und Herkunft unter ihren besonderen Schutz gestellt haben. Das festzustellen, verlangt die Gerechtigkeit. Im übrigen wünschen wir den Deutschnationalen viel Glück zu ihrer zielbewußten Aufklärung und geben ihnen den Rat, sich bei der „Vereinigung zum Studium des deutschen Kommunismus" Informationen darüber einzuholen, wie man am besten die deutschen Proletarier einfangen kann.

Ausland

Vom Karlsbader Parteitag

Wir entnehmen dem „Vorwärts" einen gedrängten Bericht über den Parteitag der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie:

Karlsbad, 5. Oktober. In der weiteren Debatte preist der Oberbürgermeister von Bodenbach Neigner in vermittelndem Sinne, Das Proletariat habe heute viel mehr zu verlieren, als seine Ketten, nämlich seine Organisation, seine Bewegungsmöglichkeit und das Bestanden der Arbeiter in die geballte Kraft des Sozialismus.

Als letzte Distussionsrednerin hielt die Genossin Kirpal-Ausig eine geradezu erschütternde Rede. Sie betonte, daß in der Tschechoslowakei jetzt schon 600 000 Kriegswaisen und 85 000 Kriegswitwen und -waisen sind. Sie erklärt weiter unter lebhafter Zustimmung, daß heute in der Arbeiterschaft der Gedanke immer mehr Boden gewinne, daß sie bedauert es bedauert, daß die Bestrebungen zur Sozialisierung in den sozialistischen Gemeindevertretungen durch gewaltige unerfüllbare Forderungen der Arbeiter zum Scheitern gebracht werden. Sie schließt unter den stürmischen Beifall der großen Mehrheit mit einer eindringlichen Mahnung zur Einigkeit.

Darauf verliest Matscha-Reichenberg, der Sekretär der Gewerkschaftskommission, die bereits angekündigte Erklärung aus der noch hervorzuheben ist, daß darin die Betriebsräte als eine ausschließliche Angelegenheit der Gewerkschaften bezeichnet werden. Die Wiedererweckung der gewerkschaftlichen Internationale nach dem Kriege sollte beispielgebend sein auch für die politische Arbeiterbewegung.

Die Linke gibt eine Erklärung ab, die sich gegen jede Schwächung, Zerklüftung oder Zersplitterung der Gewerkschaften richtet. Man wolle die Gewerkschaften mit revolutionärem Klassenkampfgeist erfüllen. Die Bezeichnung des Austerbemer Gewerkschaftsbundes als „gelbe" sei kein Angriff gegen die freien Gewerkschaften, sondern nur gegen die Leitung und Taktik des Austerbemer Bundes.

Danach scheinen so die deutsch-österreichischen Sozialverräter ihren reichsdeutschen Gesinnungsgenossen sprechend ähnlich zu sein. Eine Glanzleistung liegt schon in der Feststellung, daß das Proletariat heute mehr zu verlieren habe, als seine Ketten, nämlich seine Organisation. Schade, daß diese neue Entdeckung nicht mehr von Marx und Engels erlebt worden ist. Sie hätten vielleicht darauf erwidert, daß gewisse Organisationen der Arbeiterklasse auf einer bestimmten Entwicklungsstufe sich aus einer Waffe des Klassenkampfes in seine schwerste Fessel verwandeln können und müssen.

Daß die „Bestrebungen zur Sozialisierung" durch gewaltige unerfüllbare Forderungen der Arbeiter zum Scheitern gebracht würden, konstatieren wir nicht mit Bedauern, sondern mit Genugtuung, da sie diese Weise wenigstens dem Unfug der „Sozialisierungsbestrebungen" rechtzeitig ein Riegel vorgeschoben wird.

Sehr lehrreich ist übrigens auch die Auffassung, daß die Betriebsräte als eine ausschließliche gewerkschaftliche Angelegenheit zu betrachten sind. Das ist so recht sozialdemokratisch, wie der Gedanke der geschlichen, d. h. zur Erhaltung des Kapitalismus bestimmten Betriebsräte, eben nur dem Gehirn sozialdemokratischer Kaltblütigkeit entspringen kann. Alles in allem: die Sozialdemokraten aller Länder haben sich vereinigt zu dem höllischen Spuck, das internationale Proletariat an der Abschüttelung seiner Ketten zu verhindern. Die Fesseln abstreifen, bedeutet für die Arbeiterklasse, daß sie das Sozialverräterthum endgültig in Fesseln legt. Die Gewißheit dieses Schicksals erklärt das Wüthgeschrei der sozialdemokratischen Hahnen über den — für sie gefährlichen Kommunismus.

Die Dritte Internationale an die Arbeiter Englands und Frankreichs

Die „Rote Fahne" berichtet:

Stockholm, 6. Oktober. Aus Moskau wird gemeldet: Mit vereinzigten Bemühungen der englischen und der französischen Bourgeoisie hat die Entente den polnischen Kapitalisten und Gutsbesitzern geholfen, eine halbe Million starke Weiße Armee zu bilden, die im Frühjahr 1920 gegen Sowjetrußland geworfen wurde.

Die polnische Bourgeoisie bekommt aus Frankreich und England alles: Geld, Munition, Lebensmittel, Offiziere usw. usw. Dieselbe Politik hat die Entente auch gegenüber Wrangel eingeschlagen.

Als die polnischen Weißen Armeen in eine schwierige Lage geraten sind, war England sofort hilfsbereit und drohte, die russisch-englischen Friedensverhandlungen in London sofort abzubrechen, in dem Falle, wenn die Rote Armee ihren Vormarsch nicht zum Stillstand bringt.

Das reaktionäre Frankreich handelt noch aufrichtiger, es verbindet sein Schicksal mit dem des bourgeoisen Polens und steht infolge der Anerkennung von Wrangel, seiner eigenen arbeitenden Bevölkerung kampfbereit gegenüber.

Dem Heer des weißen Polens ist es gelungen, bei aktiver Unterstützung seitens des englischen und französischen Kapitals zu einer Gegenoffensive gegen die Rote Armee vorzugehen. Millerand schickt Piłsudski Begrüßungstelegramme. Die englische Regierung hilft unter verschiedenen Masken den polnischen Banden.

Die Kommunistische Internationale stellt es mit großer Freude fest, daß in diesem schweren Moment der russischen Revolution sich in England eine große Arbeiterbewegung breit zu machen beginnt, die einen deutlich ausgedrückten revolutionären Charakter erhält. In England hat sich ein Aktionskomitee gebildet, welches diese mächtige Bewegung der Arbeitermassen zu leiten hat.

In Frankreich beginnen die Arbeiter erst jetzt, sich zu rühren. Aber auch in Frankreich faßt eine Arbeiterorganisation nach der anderen den Beschluß, mit einem Generalstreik zu antworten, wenn es die französische Bourgeoisie wagen sollte, den Krieg mit dem Arbeiter- und Bauernrußland fortzusetzen.

Arbeiter Englands und Frankreichs! Ihr habt wahrhaftig das Schicksal Europas in Euren Händen, das Schicksal der proletarischen Revolution. Seid vorsichtig, glaubt nur Euch selbst, verfolgt jeden Schritt der neugeborenen Anhänger des revolutionären Kampfes, bildet Kommunistische Organisationen, schwächt nicht Euren Druck auf die Bourgeoisie, denkt daran, daß man mit Meetings allein oder mit Protestresolutionen keine ernsten Ergebnisse erreichen kann. Der Generalstreik ist nur das erste — nicht das letzte — Wort in diesem Kampf.

Der bewaffnete Aufstand, die Erreichung der proletarischen Diktatur und die Organisation der Rätemacht, das ist jenes wirkliche Mittel, mit dessen Hilfe das Proletariat die gegenwärtige Lage in Europa und der ganzen Welt umgestalten kann.

Wirtschaft

Die Profit-Wirtschaft

Während die Arbeitslosen buchstäblich verhungern, während sie ohne Wäsche in zerlumpten Kleidern dahin vegetieren, haben 80 Steinkohlengesellschaften in Deutschland in den letzten 1½ Jahren mehr als 1 Milliarde (tausend Millionen) als Kursgewinn eingestrichen. Und in der Textilindustrie sieht es so aus:

Nordeutsche Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei in Bremen: 12 Prozent und außerdem ein Bonus von 500 M. auf 1000 M. Aktienbesitz. Das entspricht einer Dividende von 62 Prozent!

Die Gebrüder Wollindustrie Akt.-Ges. verteilt 25 Prozent Dividende.

Die Bremer Wollkämmerei bringt 20 Prozent Dividende zur Verteilung.

Die Baumwollspinnerei Mitweida hat einen Reingewinn von 4,7 Mill. Mark gegenüber 2 Mill. Mark im Vorjahr sowie, im letzten Friedensjahr. Trotz ungewöhnlich hohen Abschreibungen verteilt das Unternehmen 35 Prozent Dividende.

Die Rheinische Möbelstoffweberei in Barmen schüttet 20 Prozent aus.

Ferner verteilten: Aktienspinnerei Aachen 32 Prozent; Concordia, Spinnerei und Weberei in Bunzlau 16 Prozent; Glandacher Textilwerke vorm. Schneider u. Irmen 25 Prozent; Glatzbacher Wollindustrie-Ges. vorm. Jossen 30 Prozent; Deutsche Wollwarenmanufaktur Grünberg 30 Prozent; Deutsche Jutespinnerei und Weberei Meissen 41% Prozent; Johannes Girmes A.-G. 25 Prozent; Pongsspinnerei 20 Prozent; Sächsische Nähfadenfabrik vorm. A. Heydenreich 34 Prozent.

4000 Millionäre mehr in den Vereinigten Staaten

Die Vereinigten Staaten Amerikas zählen jetzt 4000 neue Millionäre — und zwar aus den letzten 2 Jahren. Aus der „Newyorker Volkszeitung" entnehmen wir, daß es im Jahre 1917 in Amerika 16 000 Personen gab, die sich einer jährlichen Einnahme von 50 000 Dollars erfreuten; im Jahre 1919 sind diese 4000 neu dazu gekommen. Um aber unseren Lesern ein annähernde Bild von den Riesenvermögen zu geben, die sich in den Händen einzelner Individuen konzentrieren, seien folgende Zahlen angegeben:

Bei der Steuerbehörde sind eingetragen 162 Personen, die jährliche Einnahmen von über 1 Million Dollar haben, 18 Personen sind mit 1 500 000 Dollars, 28 mit 2 Millionen Dollars veranlagt und 2 Kapitalisten schmeicheln sich, jährlich über 3 Millionen Dollars zu verdienen.

Die Medaille hat aber ihre Kehrseite. Aus den Statistiken der Steuerbehörde ersieht man, daß es allein 2 000 000 Einwohner gibt, deren jährliche Einnahmen 2000 Dollars nicht überschreiten. Außerdem gibt es sehr viele, die so „schlechte Geschäfte" gemacht haben, daß sie nicht die Ehre hatten, in den Listen aufgeführt zu werden.

Und das ist die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung, auf deren Rücken und aus deren Arbeit die obenerwähnten Millionengewinne entstehen. Aus den Arbeitsstatistiken — das sei in diesem Zusammenhang beigefügt — geht hervor, daß die Kinderarbeit in Amerika wieder im Steigen begriffen ist. Die Berichte besagen, daß die Tätigkeit der Kinder in den Fabriken über das Maß dessen hinausgeht, was die internationalen Arbeitsregelungen vorschreiben.

Der junge amerikanische Kapitalismus herrscht mittels der bürgerlichen Demokratie noch fast unumschränkt. In der „freien Republik" werden die Arbeiter in einer Weise ausgenutzt, wie kaum irgendwo in einem anderen Lande. Langsam erst setzt das amerikanische Proletariat, das unter einem Sozialistengesetz lebt, dieser Ausbeutung seine wachsende Macht entgegen. Die auch in Amerika sich zuspitzenden Klassenkämpfe werden letzten Endes mit dem Sieg des dortigen Proletariats enden.

Gewerkschaften

Die Gewerkschaften 1919

Der „Kampfruf" der A. A. U. schreibt:

Das interessanteste an dem Jahresbericht 1919 der Berliner Gewerkschaftskommission sind die Angaben über die Fluktuation (Ab- und Zunahme).

Die Fluktuationsziffer beträgt bei den Männern 84 % gegen 81 % im Vorjahre, bei den Frauen über das Doppelte, nämlich 169 %. Im Frieden betrug die Fluktuationsdurchschnittsziffer bei den Männern 38—42 % und war damit schon reichlich hoch.

In dieser Tatsache drückt sich die ganze Ohnmacht der „Werkbesitzer" der Gewerkschaften aus. Von 100 Personen, die den Gewerkschaften 1919 beitraten, kehrten ihnen 72 wieder entrüstet den Rücken. Nur 27,6 Prozent waren länger als 1 Jahr Mitglied. Bei einem Mitgliederbestand von 691 262 waren allein 500 096 Neuaufgenommene zu verzeichnen. Diese halbe Million neuaufgenommener Mitglieder, die im ganzen Jahre nicht, oder nur ganz minimal beznßberechtigt sind, bilden die Einnahmequelle für die Gewerkschaften. Gerade die Fluktuation ist es, die die offene Bankrottwirtschaft der Gewerkschaften verschleiert und vertuscht.

Revolutionierung von innen heraus

Die Moskauer Thesen fordern von allen der Kommunistischen Internationale angeschlossenen Parteien, daß sie in den Gewerkschaften verbleiben, um dort den Kampf gegen die reaktionäre Verbandsbürokratie zu führen und diese durch eine revolutionäre zu ersetzen. Wie es in der Praxis die „Eroberung der Gewerkschaften" aussieht, wird vom „Vorwärts" in anschaulichster Weise illustriert:

In frischer Erinnerung sind noch die von „revolutionärer" Begeisterung durchglühten Reden Dißmanns, des jetzigen Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes, die er auf den Nürnberger und Stuttgarter Kongressen des vorigen Jahres zur Freude aller Radikalen hielt. Heute, da er auf verantwortungsvollem Posten steht, hat er eingesehen, daß auch der ungestümste Stürmer nur mit Wasser kochen kann. Neulich hielt er in einer Metallarbeiterversammlung Dresdens ein großes Referat über die derzeitige wirtschaftliche Krise und ihre Lösung. Dem Bericht unseres Dresdener Bruderorgans entnehmen wir darüber folgendes:

In zweistündiger Rede ging Dißmann auf viele Einzelheiten ein, die der Zeitungsleser kennt. Als er endlich darauf zu sprechen kam, wie aus dem ganzen Elend herauszukommen sei, da klang es diesmal ganz anders wie einst. Heute kannte der Redner keine anderen Mittel anraten als die, die von der alten Sozialdemokratie immer empfohlen sind: Die Arbeiterschaft soll sich durch planlose Pfuschereien und Pfuschereien nicht das Heft aus der Hand nehmen lassen; die Wirren müssen aufhören; man muß den Mut haben, gegen den Strom der Unaufgeklärten zu schwimmen; der Gassenlärm und die Beschimpfungen in den Debatten, das gegenseitige Zerfleischen muß aufhören; den blöken Maulmachern müssen die Wege gewiesen werden. Wir haben weder von Osten noch von Westen Hilfe zu erwarten, der deutsche Arbeiter muß sich selbst helfen; der französische hat nicht die Kraft, dem dortigen Kapitalismus entgegenzutreten; der Bersaller Gewaltfriede muß verschwinden. Nicht durch Weiterrevolution und Bürgerkriege können wir aufbauen; wir sind abhängig von den ökonomischen Verhältnissen. Politische Arbeiterräte machen Unfug; eine Utopie ist es, mit politischer Macht die Verhältnisse kommandieren zu wollen; die wirtschaftlichen Räte sind ein Mittel zur endlichen Sozialisierung. Man hat sich früher zu wenig mit dem Uebernaß zum Sozialismus beschäftigt. Es muß ein geistiger Umstellungsprozeß eintreten. Die Amsterdamer Gewerkschaftszentrale als „gelb" zu bezeichnen, wie die Russen es tun, ist eine Verleumdung. Kein Anschluß an Moskau!

So redet heute ein Dißmann, der jetzen, der vor einem Jahre dieselben Worte gebrauchte, einen Berreißer schimpfte. Merkt die Arbeiterschaft nun bald, wer sie verraten und unglücklich gemacht hat?

Ganz recht, so redet heute ein Dißmann, nachdem er als Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes vor dem antirevolutionierenden Prozeß der auf Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital eingestellten Gewerkschaftsmaschinerie erfaßt worden ist, — wie es eben einem jeden daselbst ergeht, ganz gleich, ob er U. S. P. D., S. P. D. oder S. A. P. D. Mitglied ist. Merkt die Arbeiterschaft nun bald, fragen auch wir, wo die Wurzel des Uebels liegt? Gewerkschaftsbeamte müssen Reaktionäre werden, und seien es vorher die besten Revolutionäre gewesen, womit nicht gesagt sein soll, daß Dißmann etwa diesen „Ehrentitel" hätte für sich beanspruchen können. Darum werden wir nicht müde zu wiederholen: Heraus aus den Gewerkschaften und hinein in die Allgemeine Arbeiter-Union!

Jugend-Bewegung

Die ungarischen Henker an der Arbeit

Von der Kommunistischen Jugend-Internationale wird uns geschrieben:

Trotz aller Bemühungen ist es bisher nicht gelungen, den ungarischen jungen Kommunisten und revolutionären Johann Lekai, der, wie bekannt, Anfang September in Wien verhaftet worden ist, auf freien Fuß und in Genuß des Asylrechts des österreichischen Staates zu setzen. Da bekannt ist, daß seit längerer Zeit ein Auslieferungsbegehren der ungarischen Regierung gegen ihn vorliegt, das sehr korrekt ausgestellt ist, hat es den Anschein, als wenn die österreichische Regierung Johann Lekai nicht als „politischen Verbrecher" und in gleicher Weise wie die ungarischen Volkskommissare zu behandeln geneigt ist. Es ist zu befürchten, daß Johann Lekai über kurz oder lang seinen Henkern in Budapest überliefert wird. Ein solch ungeheuerliches Verbrechen darf nicht geschehen. Johann Lekai ist, wenn sein Name auch vielleicht noch nicht in dieser Weise in der Oeffentlichkeit bekannt geworden ist, einer der hervorragendsten Kämpfer der kommunistischen jugendlichen Arbeiterbewegung in Ungarn.

Die Arbeiterschaft kann nicht zulassen, daß eine solche Kraft ihrer Bewegung entrissen und den fürchterlichen Martern überliefert wird, die einst zum Tode verurteilten Kommunisten in Budapest warten.

Gross-Berlin

Mitteilungen

Allgemeine Mitgliederversammlung.

Am Donnerstag, den 14. Oktober, findet eine Allgemeine Mitgliederversammlung für Groß-Berlin statt.

Tagesordnung:

1. Bericht der Genossen Rühle und Lorenz über den Kongreß der 3. Internationale. 2. Diskussion. — Das Lokal ist durch die Funktionäre zu erfahren.

Freie sog. Jugend (Opposition), Ortsgruppe Wilmersdorf. Jugendheim: Mädchen-Mittelschule, Berliner Straße 137. Zusammenkünfte: Dienstag und Freitag pünktlich 7 Uhr. — Freitag: Unterhaltungsabend.

Am Mittwoch, den 13. Oktober, Sitzung der Propaganda-Obleute: Forsterstraße 36, abends 7 Uhr.

Ortsgruppe Spandau. Mittwoch, den 13. Oktober, abends 7 Uhr, im Lokal Alten-Franzl, Staakenerstr.: Mitgliederversammlung.

Die Kommunistische Arbeiter-Jugend, Ortsgruppe Moabit, legt jeden Dienstag 7 Uhr, Berlichingenstr. 4, im Lokal von Lewandowsky. Für Oktober sind folgende Vorträge festgesetzt: 12. Ausflug der K. A. J. 19. Wir und die bürgerliche Jugend! 26. Was ist Kommunismus? — Wir laden alle Jugendlichen, die mit uns sympathisieren und auf dem Boden der K. A. P. D. stehen, hierdurch ein.

Dienstag, den 12. Oktober 1920: Mitgliederversammlung 10. Bezirk, 4½ Uhr, Mariendorf, Chausseestraße 305, Lokal Graßl Festsäle. Erscheinen notwendig. Thema: B. O. in der Pol. Situation.

Proletarisches Theater. Wegen Schwierigkeiten, die Saalunternehmer dem Theater der revolutionären Arbeiter bereiten, muß die Vorstellung am 14. Oktober, die wir den einzigen Platz auf den 13. verlegt war, entfallen. Die für den 15. für Charlottenstraße festgesetzte findet am 15. Hasenheide 114 statt. Die Karten für die erste Vorstellung sind für alle Vorstellungen im Oktober gültig.

Achtung Arbeitslose!

Den Auskunftsuchenden Arbeitslosen diene zur Mitteilung, daß die Räume des Arbeitslosenrates, Berlin, Alexstraße 60, schon seit einigen Tagen geschlossen sind und auch fernerhin geschlossen bleiben, da die Erwerbslosenräte ihre Tätigkeit auf Grund der letzten Vorgänge eingestellt haben. Die Auskunftsuchenden werden auf das Auskunftsbüro der Erwerbslosenfürsorge, Breitestraße 30 I verwiesen.

Arbeiterrat der Arbeitslosen, Berlin.

Verantwortlicher Redakteur: Kunze, Berlin
Druck und Verlag der K. A. P. D., Berlin

Große öffentliche Kundgebung!

Mittwoch, den 13. Oktober, abends 7 Uhr, Neue Welt, Hasenheide 108-114

Wie die Arbeiterjugend Rußlands lebt und kämpft, und was sie von der deutschen Jugend erwartet!

Referenten: Willy Münzenberg, Mitglied des Exekutivkomitees der kommunistischen Jugendinternationale, Kurt Leinhardt, Delegierter zum 1. Moskauer Kongreß der 3. Internationale

Nach den Ansprachen Vorführung des Films vom Moskauer Kongreß

Jugendliche, erscheint in Massen! Erwachsene, unterstützt die Kundgebung der Jugend!

Kommunistische Jugend Groß-Berlins.

Proletarisches Theater

Bühne der revolutionären Arbeiter Gross-Berlins

Eröffnungs-Spielplan:

Gegen den weissen Schrecken Für Sowjet-Rußland

am 15. Oktober: Hasenheide 13, 7 Uhr
am 16. Oktober: Engel-Ufer 15, 7 Uhr
(Weitere Vorstellungen werden durch Notizen bekanntgegeben)

Eintritt 3 Mk., Arbeitslose 1 Mk. an der Kasse

Zum Besuch fordert auf die K. A. P. und B. O.

Werbet Mitglieder!

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

18. Oktober 1920. Preis 40 Pfg.

Kommunistische Montags-Zeitung

(Kommunistische Arbeiter-Zeitung)

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbez. Gross-Berlin

Die Zeitung erscheint jeden Montag. — Preis in Berlin 40 Pfg. pro Nummer. — Zu beziehen durch die Exekutive-Organisation der Partei und die Straßenhändler. — Postbezugspreis Berlin SW 68, 15 Pfg.

Redaktion u. Expedition Berlin SW 48, Wilhelmstr. 28 IV. Geöffnet täglich ausser Montags von 2—6 Uhr nachmittags

Inserate nach auswärts: Unter Streifband 440 Mk. als Brief 7— Mk. monatlich; nach dem Ausland unter Streifband 540 Mk. — als Brief 8— Mk. monatlich.

Der Schicksalstag der USPD.

Die USPD. war eine Uebergangspartei, die berechtigt war und gedeihen konnte, solange die Bekämpfung des imperialistischen Krieges und seiner mehrheitssozialistischen Vorhut die Aufmerksamkeit des deutschen Proletariats auf sich konzentrierte. Die USP. vergriff sich auch damals oft in ihren Mitteln, ihre Parteileitung zeigte oft, daß ihr die Anschauungen des bürgerlichen Pazifismus allzu geläufig, dagegen die Leitsätze des proletarischen Klassenkampfes ohne tiefere Bedeutung waren — immerhin: sie versuchte die Kriegspolitik zu bekämpfen, sie konnte sich daher mit einigem Recht auf Beschlüsse und Programme des Sozialismus vor dem Kriege berufen — das genügte, um ihr das Vertrauen der proletarischen Massen zu erwerben und von Eduard Bernstein bis zum Spartakusbund allen Richtungen, Gruppen und Personen, wenn sie nur gegen die Unterstützung des Krieges auftraten, in ihr Platz zu gewähren.

Als der Krieg am Ende war und zugleich die Revolution sich endlich zu erheben begann, da war auch die innere Entwicklung der USP. abgeschlossen und neben ihren Verdiensten trat bereits ihre Schuld in Erscheinung, daß nämlich diese deutsche Revolution auf der Etappe der bürgerlichen Erhebung gegen den verlorenen Krieg zu stagnieren begann. Dem Spartakusbund, der damals aus der USP. austrat, schien in der Entwicklung der deutschen proletarischen Bewegung die Aufgabe zugedacht, die Revolution bis zur Diktatur vorwärtszutreiben. Sein Austritt aus der USP. mußte den Sinn haben, den revolutionären Klärungsprozeß der in der USP. befindlichen Massen mit allen Mitteln zu beschleunigen. Wenn es seitdem aller Leiden des deutschen und russischen Proletariats in den letzten beiden Jahren bedurfte, damit jetzt endlich klar wird, daß die widersinnige Zusammenschweißung von pazifistischen Reformen und mit ihrem Lebensinteresse auf die Diktatur angewiesenen Proletariern in der USP. nicht mehr halten läßt, so rührt dies daher, daß die Kommunistische Partei sich ihrer Aufgabe durch Laien, dem deutschen Proletariat zur Erkenntnis der Methode des revolutionären Kampfes zu verhelfen, nicht gewachsen gezeigt hat. Und auch heute ist die Erkenntnis, auf Grund deren die linke USP. sich von dem rechten Flügel trennt, eher eine Erkenntnis über begangene Fehler, als eine klare Einsicht in das, was jetzt zu geschehen hat. Die linke USP. hat erkannt, daß ihre Partei vom Zentrum und rechten Flügel in die Rolle einer immer loyalen Opposition, wie die SPD. sie vor 1914 innehatte, gedrängt wurde, daß alle Programmpunkte von Diktatur und revolutionärem Kampfe nur zur Verschleierung dieses Tatbestandes vor den proletarischen Mitgliedern benützt wurden, und daß sie stets fürchten mußten, von den rechten Führern mit einer Arbeiterregierung auf der Grundlage der Versöhnung aller Gewerkschaften überfallen zu werden.

Wohin geht nun der Weg: der Spartakusbund kann seinen Jubel darüber kaum mehr verbergen, daß das Organisationsstatut, das er errichtet hat, vielleicht von dem Fleisch der Massen der USP. so bedeckt werden wird, um dem weniger geübten Auge wenigstens von ferne wie ein richtiger großer und aktionsfähiger Körper zu erscheinen. Nun sehen die von den Massen verlassenen Führer der rechten USP. keinen Vorteil mehr darin, die letzten Geheimnisse der revolutionären Geheimdiplomatie zu verbergen, und tischen die widerlichsten Anekdoten darüber auf, daß sie eigentlich immer bei ihren schlimmsten Streichen mit den Führern der KPD. — von der jetzt der linken USP. das Heil kommen soll — ganz einig waren. Diesmal lügen die rechten USP.-Leute nicht! Der Spartakusbund hat seit einem Jahre und länger in immer schnellerem Tempo eine Entwicklung durchgemacht, die ihn dazu werden ließ, daß er nicht mehr eine Gruppe von Vorkämpfern ist, sondern in einer Reservestellung mit rückwärts gewandtem Gesicht auf die wartet, die nachkommen. Jetzt kommt es darauf an, daß die unterschiedlichen Elemente, deren ungeklärte Vermischung für die Massen der linken USP. auch jetzt noch charakteristisch ist, so geschieden und gereinigt werden, daß revolutionäre Entschlossenheit und Bereitschaft in jedem einzelnen dieser Genossen bis zur Klarheit und Aktionsfähigkeit führen. Welche Legitimation ist es, die der Spartakusbund für diese Aufgabe mitbringt? Die Genossen der USP. kommen aus einer Partei, die jede Aktion lähmte, indem sie sie mitmachte, die Parolen aufnahm und allmählich zu Wasser werden ließ. Spartakus tritt ihnen entgegen, welches war die wichtigste Parole, die er in letzter Zeit ausgab: aktive Solidarität mit Sowjetrußland. Er übernahm die Parole von „Spitzeln und von Spitzeln Genasführten", nämlich von der KAP., die merkwürdigerweise von lauter „falschen" Theorien aus immer zu den richtigen Parolen kommt, nachdem er wochenlang gewarnt hatte. Was seinen Warnungen nicht gelungen war, gelang seiner Unterstützung der Aktion: nämlich die Bewegung zu lähmen und zu ersticken, denn erst kam er zu spät, und dann machte er aus Laten Resolutionen und das Abhalten von Demonstrationsspaziergängen schien ihm Verwirklichung aktiver Solidarität. Dies ist kein Ausnahmefall, denn Spartakus, der sich vor beinahe zwei Jahren von der USP. trennte, um an der Spitze des Proletariats zu marschieren, hat einen weiten Marsch gemacht, um heute dort zu stehen, wo damals die Leitung der USP. stand. Und er teilt mit allen Leuten, die eine Reise gemacht haben, die Eigenschaft, daß er was erzählen kann: theoretisch erfahren und von abgründiger Einsicht in alle Dinge, wenn sie vorüber und nicht mehr zu ändern sind. Würde Sowjetrußland je zusammenbrechen, Spartakus' Leichenrede würde ein Meisterstück sozialistischer Gescheitheit werden.

Als Spartakus aus der USP. auszog, erklärte die ganze USP.-Linke, daß sie nicht mehr ins Parlament gehen würde. Dümmig war damals ihr Sprecher und es sind dieselben Genossen, die heute zur SPD. kommen. Als aber die Zeit an Karl Liebknechts Bahre lang und die Gegenrevolution sehr mutig wurde, da fand die KP.-Zentrale in ihrem unerhörten Mangel an revolutionärer Produktivität und ihrem daher stammenden Anlehnungs- und Nachahmungsbedürfnis kein Mittel mehr gegen die wachsende Gefahr, als die Bedeutung, die das Parlament in Rußland bis 1917 besessen hatte, mit den gegenwärtigen deutschen Verhältnissen zu verwechseln. Das russische Parlament war 1905 von der Revolution, von der gegenwärtig noch lebenden Generation russischer Revolutionäre, erkämpft worden, so hatte es für jeden von ihnen einen Wert, der dem deutschen Parlament schon seit 1848 nicht mehr zukommt. Wenn Spartakus unter dem Vorwand: „Kampf gegen das Parlament von innen heraus" die Zahl der gewöhnlichsten Oppositionslilianeien noch um einige vom Parlamentskommunisten hergebetete vermehren ließ, und die linke USP. durch seine Maßparole ebenfalls ins Parlament lockte, so waren es nicht die revolutionären klassenkämpferischen Instinkte, denen er so zum Uebergewicht in der linken USP. verhalf, sondern die letzten Nachwirkungen ihrer Erziehung durch Scheidemann. Ebenso wie in der Parlamentsfrage unterstützt Spartakus in der Frage der gewerkschaftlichen Organisation nicht die vorwärtsdrängenden, sondern die (in die Gewerkschaften) zurückführenden Tendenzen der USP.

Spartakus steht heute nicht links von der linken USPD., sondern rechts von ihr! Er ist ihr überlegen an theoretischer Klarheit, er ist ihr unterlegen, da alle theoretische Klarheit ihm nicht zu einer Aktivierung, sondern immer nur zu einer fast historischen Einstellung verhilft. die linke USP. ist unklar, aber sie strebt vorwärts; dem Spartakusbund helfen auch die klarsten Formeln, die das Exekutivkomitee der 3. Internationale ihm vorschreiben mag, nicht, da er seiner inneren Haltung nach immer nach rückwärts schaut — es ist die Haltung eines Kommentators, der nicht wagt, den Autor, mit dem er sich beschäftigt, weiter zu entwickeln, sondern auf seinen Buchstaben angewiesen bleibt — ganz egal, ob der Autor in diesem Falle Karl Marx oder sogar die russische Revolution ist!

Während Spartakus so der russischen Revolution den Buchstaben entlehnt — Anweisungen über den Gebrauch von Parlamenten und Gewerkschaften, die in Rußland, ebenfalls im Gegensatz zu ihren westeuropäischen Namensverwandten reinrevolutionären Ursprungs sind —, übersieht er, daß all diese theoretischen Auseinandersetzungen nur die große Lehre der russischen Revolution, die Lehre von der Aufopferung als erster revolutionärer Pflicht überwuchern. Es gibt heute nur eine Erkenntnis, die dem deutschen Proletariat in seinem Kampfe vorwärts helfen kann. Das deutsche Proletariat steht heute an der Front der russischen Revolution. Es gibt kein Zurück mehr, das nicht Fahnenflucht wäre — es gibt nur einen Weg, koste es, was es wolle: Vorwärts!

Von den proletarischen Parteien ist heute nur eine einzige, deren ganzes Denken vollkommen von diesem Gedanken beherrscht wird: die kommunistische Arbeiterpartei. Daher kann nur auf dem Boden der KAPD. die Einigung des vorwärtsdrängenden revolutionären Proletariats erfolgen. Die Genossen der linken USP. haben heute die Wahl sich zu entscheiden, ob sie nochmals in eine proletarische Mittelpartei zurückwollen, oder ob ihnen nunmehr die Tat gilt zur Rettung der Revolution!

Aus dem Inhalt:

Das Aktoberfest in Halle
Lehren des Berliner Zeitungsstreiks
Endliches Erwachen der „Pioniere" der Arbeiterschaft
Chinas Ausplünderung durch Amerika
Von der russischen Wirtschaftsfront